

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Abdruck ohne schriftl. Bewilligung: monatlich 1.40 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenspreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 16 Goldspennige, die Reklamezeile 48 Goldspennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Dr. 21

Altensteig, Mittwoch den 27. Januar

1926

## Das Neueste

findet man stets in unserer Zeitung, ebenso einen guten Unterhaltungskost.

Bestellungen auf unsere Schwarzwälder Tages-Zeitung „Aus den Tannen“ werden fortgesetzt von allen Agenten, Austrägerinnen, sowie von der Geschäftsstelle entgegen genommen.

## Die Regierungserklärung

Bei vollem Haus fand am Dienstag um 2 Uhr im Reichstag die Vorstellung der neuen Regierungserklärung und die Bekanntgabe der Regierungserklärung durch Reichskanzler Dr. Brüning statt. Er führte, anfangs durch Zurufe der Kommunisten gestört, im wesentlichen aus:

Die jetzt dem Reichstag vorliegende Regierungserklärung ist gemäß einem Vorschlag des Herrn Reichspräsidenten gebildet worden. Um ein parlamentarisches Gebilde, wenn auch nunmehr von einer Minderheit der Reichstages getragene Regierung zu Stande zu bringen, haben sich die Fraktionen des Reichstages, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei und der Bayer. Volkspartei zu einer Koalitionsgovernmente in der Mitte zusammengeschlossen. Es wird Sache des Hauses sein, darüber zu entscheiden, ob es der Annahme der sachlichen Arbeit durch diese Minderheitsregierung die Vertrauensgrundlage geben will. Schon am 19. Januar 1925, also im hohen Maße eine Minderheitsregierung vorstellende Karte, habe ich um die Mitwirkung der außerhalb der Regierung stehenden Parteien nachgedacht, die in verantwortlicher Stellung praktische Mitarbeit leisten wollen. Die Regierung, die ich heute vorzustellen beabsichtige, ist als Minderheitsregierung auf die Mitwirkung nicht zur Regierung gehörender Parteien grundsätzlich angewiesen. Sie erbittet diese Mitwirkung, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer wirtschaftlichen Krise von größtem Ausmaß die Geschäfte des Reiches sachgemäß und zum Nutzen des Volkes führen kann. In der Außenpolitik wird der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. Dezember 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. Nov. 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Entscheidung der Reichsregierung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Die jetzt zurückerwartete schicksalshaltende Regierungserklärung hat gemäß der Entscheidung des Reichstages vom 27. Nov. 1925 unablässig an der weiteren Auswirkung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insbesondere zu prüfen das besetzten Gebiet. Ich nehme an, daß die bevorstehende Beratung des Haushaltsplanes des Außerordentlichen Rates zu einanderstehender Ausdrücke überhaupt Gelegenheit geben wird. Meinesseits möchte ich heute nur auf eine Frage hinweisen, die zur Zeit im Mittelpunkt der Erörterung steht. Das ist die Frage der Bestimmung der Zone in der zweiten und dritten Zone. Hierüber hat die dem hohen Haus bekannte Note der Vorkonferenz vom 14. Nov. 1925 vorsehen, daß eine künftige Ermächtigung der Vertragszahl eintreten soll und zwar so, daß die künftige Bestimmung der Zone der Normalzonen nähert. Der Begriff der Normalzonen kann nicht anders aufgefaßt werden als gleichbedeutend mit dem Begriff der deutschen Friedenssicherungszone in den in Betracht kommenden Gebieten, wie insbesondere in der amtlichen deutschen Veröffentlichung ohne Widerspruch der in der Vorkonferenz vertretenen Mächte hervorgehoben worden ist. Dem entsprechen die Schritte der deutschen Regierung in dieser Frage. Die Verhandlungen hierüber mit den beteiligten fremden Regierungen sind in erheblichem Maße. Die Reichsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß sie ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen.

Was die Innenpolitik betrifft, so verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung berufe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Reaktionen auf die in dem Reichstag und dem Reichsrat und zu den Fragen unserer auf schriftlicher Grundlage beruhenden Kultur. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik wird die Reichsregierung die Lösung anstreben, unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Reichsregierung denkt, eine Verbesserung unserer Wahlgesetzgebung erfolgt in Ansehung zu nehmen. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit früheren regierenden öffentlichen Familien bedarf einer möglichst baldigen rechtlichen Klärung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volk die Klärung eines Volksentwands entgegenzusetzen möchte. Die gesamte Regierung und Verwaltungstätigkeit, ganz gleichgültig, ob es sich um die Weiterentwicklung der allgemeinen Reformgedanken, um soziale, arbeitsrechtliche oder sonstige Reformen, oder um die laufende Arbeit handelt, muß von dem Grundsatz ausgehen, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Minimum herabzusetzen sind. Der feste Wille zu solcher Sparsamkeit, der keine Warte in härtestem unterländischen Verantwortungsbereich findet, muß sich, wenn wir einen Ausweg aus der Bedrängnis der Gegenwart finden sollen, nicht nur

in der Verwaltung des Reiches, sondern in sämtlichen Städten auch bei den Ländern und Gemeinden auswirken. Die Lage, in der die Reichsregierung die Geschäfte des Reiches übernimmt, ist gekennzeichnet durch eine Wirtschaftskrise von außerordentlichem Ausmaß. Ihre Überwindung ist dringende Aufgabe der Gegenwart. Es bedarf dazu der Ausbesserung aller geistlichen und sittlichen Kräfte, der ganzen Arbeitsamkeit und Sparsamkeit unseres Volkes. Die Regierung übertrifft sich mit allem Ernst und allem Nachdruck auf finanzwirtschaftlichem und nicht zuletzt sozialpolitischen Gebiet alles tun müssen, was möglich ist, um die Erstarkung der Wirtschaft zu fördern und die Not weitestgehend zu lindern. Alle Bemühungen um Verminderung der öffentlichen Ausgaben finden auch bei größter Beschränkung der Ausgaben ihre Begrenzung in den durch die Verzerrung unserer Wirtschaft geschaffenen Tatsachen und in den Belastungen, die mir infolge unserer Gesamtlage auf uns nehmen müssen. Gerade deshalb aber ist die Erhebung jedes Arbeitnehmers an Steuern sorgfältig zu vermeiden und sind Stützen nach aller Möglichkeit anzusetzen, damit die Gesamtsituation wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht ist. Die Reichsregierung wird demgemäß mit der durch die Lage der Wirtschaft gebotenen Beschränkung auf der Grundlage des bestehenden Systems sich an den Abbau wirtschaftlicher und damit preisversteigernder Steuern weiter bemühen, deren Schwere letzten Endes die breite Masse der Bevölkerung trifft. Um auch in diesem Zusammenhang die Eigenverantwortung der Länder und Gemeinden zu fördern, sollen für die Einkommensteuer am 1. April 1927 die Ueberweisungen durch Zuschläge abgelöst werden. Dabei ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Auge zu behalten, daß die einzelnen steuerlichen Leistungen in einem richtigen Verhältnis zueinander bleiben müssen. Doch unbedachte Ausgaben nicht geleistet werden dürfen und feinerlei Hinberücken in inkonsequente Maßnahmen in Frage kommen kann, ist selbstverständlich.

Die Bereitstellung von öffentlichen Geldern für die Belebung der Wirtschaft ist naturgemäß sehr eng begrenzt und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht überschreiten. Die Reichsregierung möchte mit Beschränkung die bäuerliche und Arbeitersicherung in den verschiedenen Teilen des Reiches fördern. Die allgemeinen Sicherungsmaßnahmen sollen hierdurch nicht berührt werden. Für die Förderung des Wohnungswesens sind der Reichsregierung Beratungen, die mit Vertretern der Landesregierungen kürzlich im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, wertvoll. Namentlich müssen diese geklärt werden, der nicht abzuwendenden Ueberforderung des Bauens zu begegnen. Die Reichsregierung hofft, von den Landesregierungen bei der Verwendung der Hausinspektoren in diesen Bestrebungen unterstützt zu werden und bemüht sich hierzu besonders um die Erleichterung erschwerter, langfristiger Hypothekendarlehen. Ueberhaupt wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Belebung der Wirtschaft hinarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht billigen und langfristigen Kredit.

Die Reichsregierung denkt dabei besonders an die Landwirtschaft, deren Notlage sie mit großer Sorge verfolgt. Durch die bereits in der Durchführung begriffene Kreditaktion der Goldkreditbank wird der Landwirtschaft über die Rentenbankkreditanstalt ein beträchtliches Zwischenkredit alsbald zur Verfügung kommen. Die Regierung ist sich darüber klar, daß mit Kredit allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragsfähig gemacht wird. Maßnahmen zur Belebung der allgemeinen Not in der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen betrieben werden. Wenn es auch hier, genau wie in anderen Wirtschaftskreisen, ein Allheilmittel nicht gibt, so ist die Reichsregierung doch davon durchdrungen, daß die Erhaltung und soweit irgend möglich auch die Steigerung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist.

Neben die notwendige Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordernis einer Steigerung der Ausfuhr. Die seitlichen Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortzuführen sind, müssen mit dem Ziel geführt werden, zur Befruchtung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenverkehrs auf der Welt zu ermöglichen. Hierbei muß in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird. Ansehung der hohen Zölle, die im Ausland vielfach gelten, müssen die deutschen Zölle bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den Gesamtstand der europäischen Zölle möglich herabzurufen. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Reichsregierung jeder ernsthaften Absicht einer Annäherung der einzelstaatlichen Wirtschaften durch allgemeine zwischenstaatliche Abmachungen zu verweilenden, mit aller Kraft fördern. Die Reichsregierung ist weiter bereit, zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergriffener Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigen Wegen erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich aus außergewöhnlichen Entwicklungen der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben und für die einzelnen deutschen Wirtschaftszweige, so besonders für Kohle und Eisen sehr lässig geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung.

Soweit die schwere Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die Bemühungen befestigt werden, die der Selbstheilung durch die wirtschaftlichen Einwirkungen noch entgegenstehen. Dabei denkt die Reichsregierung nicht an ein überstimmtes Einreifen der Behörden; sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit wirksam eingeleitete Preislenkungsaktion mit Nachdruck fortgesetzt werden muß, um die Wirtschaft von übermäßigen Preisbelastungen zu befreien und dadurch gerade auch die gesunden Kräfte, sowohl der Großwirtschaft wie des gewerblichen Mittelstandes, in ihrer Lebensfähigkeit zu stärken. Besonders wichtig ist die alsbaldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Besetzung der Geschäftsaussicht. Die Reichsregierung erbittet in der Durchführung von Maßnahmen, die die deutsche Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Ueberforderung befreien, eine unerlässliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bemüht, daß der Erfolg ihrer verwaltungsmäßigen und arbeitsrechtlichen Maßnahmen in vielen Hinsichten sehr wesentlich von der freiwilligen Mitarbeit der Erwerbstätigen abhängt. Die zurückgetretene Reichsregierung hat diese Mitarbeit in erheblichem Umfang gefunden. Das neue Kabinett wird in gleichem Sinne weiterarbeiten. Es ist bereit, wegen der zu erzielenden Einzelmahnahmen auch die im Gange befindlichen arbeitsrechtlichen Entwürfe mit den Vertretungen der Erwerbstätigen erneut zu erörtern. Der unerrückbare Zweck der Preislenkungsmaßnahmen neben der Geländung der Wirtschaftslage ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsteile mit geringem Einkommen.

In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der Sozialpolitik wird die Reichsregierung ein Arbeiterschutzgesetz einbringen, das die Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich zusammenfaßt und die Arbeitszeit nicht regeln wird. Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebenen Erklärungen aufrecht. Das Inkrafttreten einer internationalen arbeitsrechtlichen Konvention in Deutschland muß von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen. Auch das einheitliche Arbeiterrecht bedarf der tatkräftigen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zweck das zurzeit dem Reichstag vorliegende Arbeiterschutzgesetz weiter verfolgen wird. Die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist ansehung der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschränkung zu betreiben. Vor wenigen Wochen hat die Regierung für die Beratung und Erlaßung der Reichsbeschlüsse für Kostentragung an die Kommunen und anderen Verbände wesentlich erleichtert worden. Auch ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten dieser Arbeiten erhöht worden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Kurzarbeiterfrage als dringende Frage des Tages zuwenden und feststellen, ob eine Verringerung der Not der Kurzarbeiter möglich ist unter gleichzeitiger Ausbesserung der wirtschaftlichen Nachteile, die von der Kurzarbeiterunterstützung betroffen werden. Die Regierung hofft bestimmt, daß sich eine solche Lösung finden läßt und dem Reichstag eine entsprechende Vorlage alsbald unterbreitet werden kann.

Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziel der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes nach innen und nach außen praktische Maßnahmen in sachlicher Arbeit zu ergreifen. Lassen Sie uns an die gemeinsame Arbeit am Dienste des Vaterlandes gehen, um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Je entschlossener und geschlossener alle Teile des Volkes diese Arbeit unternehmen, je eher wird Deutschland wieder die Stellung in der Welt erreichen, die der Größe und Tätigkeit seines Volkes gebührt.

Die Rede des Reichskanzlers, die gerade eine halbe Stunde dauerte, wurde am Schluß mit dem Beifall der Mitte begrüßt, während von den Kommunisten und auch von den bürgerlichen Linken erdliche, Ordnungsrufe ertönten. Hg. Bölllein, Böllmann, Scheller und Hedert. Böllmanns Lachen ertönte der Passus, in welchem der Reichskanzler von der notwendigen Einsetzung aller geistlichen und sittlichen Kräfte sprach. Die Kommunisten riefen: So seht ihr aus. So seht ihr aus. Bei der Erwähnung der Sozialpolitik riefen sie: Was habt ihr denn bis jetzt getan? Schöffli die Lohnsteuer ab! Präsident Lohse machte sehr oft die Glöde schwingen und unter Androhung scharferer Maßnahmen die Kommunisten zur Ruhe auffordern. Als der Reichskanzler die Frage der Fürstenabfindungen behandelte, rief ein bürgerlicher: Wo stehen die Juden? (Heiterkeit.) Als der Reichskanzler seine Rede beendet hatte und das Bischen der Kommunisten und bürgerlichen, sowie der Beifall der Regierungsparteien beendet waren, beantragte Hg. Schull-Gröber (Dn.), daß ein deutschnationaler Antrag, der verschiedene Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund enthält, mit der Bestätigung der Regierungserklärung verbunden werde.

Unter großer Heiterkeit standen für diesen Antrag sämtliche in der Regierung nicht beteiligte Parteien auf, jedoch er Annahme fand.

Hg. n. Gröber (Dn.) beantragt, daß die Bestätigung der Kanzlererklärung sofort vorgenommen werde. Gegen Kommunisten und bürgerliche wird dieser Antrag jedoch abgelehnt und gemäß dem Vorschlag des Präsidenten Lohse beschlossen, die Bestätigung der Regierungserklärung am Mittwoch nachmittags 1 Uhr beginnen zu lassen.

### Neues vom Tage

Die politische Debatte im Reichstag

Berlin, 26. Jan. Nach einem Beschluß des Vorkomitees des Reichstages soll die politische Debatte nur zwei Tage dauern, so daß Donnerstag abend die Abstimmungen über die vorliegenden Anträge stattfinden können. Die Redezeit für jede Fraktion beträgt nur eineinhalb Stunden. Am nächsten Samstag, Montag und Dienstag finden keine Verhandlungen statt.

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons über Südtirol

Berlin, 26. Jan. Im Rahmen der Vorträge in der Verwaltungsgesellschaft sprach der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simons in seiner Vorlesung auch völkerrechtliche Fragen über das Recht der Minderheiten. Er kam auch auf die Südtiroler Frage zu sprechen und unterzog die rechtliche Lage einer streng wissenschaftlichen Untersuchung. Italien habe zwar keinen Minderheitenvertrag unterzeichnet, aber die italienische Regierung habe bei der Übernahme Südtirols in feierlicher Form eine liberale Behandlung der neuen Unterthanen deutscher Abstammung zugesichert. Auch der Völkerverbund habe in seiner Tagung von 1922 eine allgemeine Resolution gleichen Inhalts, die sich in ihrer Anwendung unzweifelhaft auf Italien bezogen habe, gefaßt. Und tatsächlich habe dann auch die italienische Regierung bis zum Herbst 1923 diese liberale Politik in Südtirol innegehalten. Erst im Oktober 1923 habe durch die Erlasse des Präsidialdekrets die neue Italienisierungspolitik eingesetzt. Reichsgerichtspräsident Dr. Simons kam zu dem Schluß, daß unzweifelhaft in Rücksichtung feierlicher Verpflichtungen durch Italien auch völkerrechtlich eine Beteiligung geltenden Rechts gegeben sei.

Rechtsauschuss und Fürstenabfindung

Berlin, 26. Jan. Im Rechtsauschuss des Reichstages wurden die Beratungen über die Fürstenabfindung in den Ländern erledigt. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Rahl, entwickelte den Plan für die Generaldebatte dahin, daß zunächst das Sperrgesetz besprochen werden soll. Würde dieses Gesetz im Ausschuss angenommen, dann müßte es vorweg ins Plenum gehen und dort ohne Aussprache über den gesamten Komplex der Abfindung schnell erledigt werden. Der Ausschuss beschäftigte sich dann zunächst mit dem Sperrgesetz.

Die Räumung der nördlichen Rheinlandzone

Berlin, 26. Jan. Die Nachricht, daß ein Teil der nördlichen Rheinlandzone auch nach dem 28. Februar besetzt bleiben soll, entspricht, wie die Blätter erfahren, nicht den Tatsachen. Nach der Note der Reichsministerkonferenz vom 16. November soll bis zum 20. Februar die Räumung auf alle Fälle beendet sein.

Russisch-chinesischer Vertragkompromiß

Moskau, 26. Jan. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion aus zuverlässiger Quelle erfährt, wurden am 24. Januar vom sowjetrussischen Generalkonsul in Mukden und dem Konsulatsrat der drei chinesischen Ostprovinzen fünf gefaßte Grundzüge eines Abkommens unterzeichnet, deren wesentlicher Inhalt folgender ist: Der Direktor der Ostsibirischen Eisenbahn, Iwanoff, sowie alle Beamten und Arbeiter der Ostsibirischen Eisenbahn, welche von den mandchurischen Behörden anlässlich des Konfliktes wegen der Ostsibirischen Eisenbahn verhaftet wurden, werden freigelassen. Der normale Eisenbahnverkehr wird wiederhergestellt. Die Frage der Entschädigung für die durch Maßnahmen der mandchurischen Behörden während des Konfliktes angerichteten Schäden wird den Gegenstand eines weiteren gemeinsamen Beschlusses bilden. Das Volkskommisariat des Auswärtigen erhielt bereits die Meldung, daß die Freilassung Iwanoffs erfolgt ist.

### Württembergischer Landtag.

Der Landtag hat Dienstag nachmittag um 4 Uhr seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Dem üblichen Bild gaben zwei stattliche Blumensträuße ein etwas feierliches Gepräge, die auf den Tischen der Abgeordneten Dr. Dieber und des Abg. Keil standen und die vom Landtag gestiftet wurden aus Anlaß ihrer 25jährigen Zugehörigkeit zum württ. Landtag. Präsident Köhler würdiate in sehr anerkennenden Worten die Fülle von Arbeit, die beide Jubilare als Abgeordnete und als Mitglieder der Regierung geleistet haben und dankte ihnen namens des Landtags für ihre aufopfernde Tätigkeit zugleich mit dem Wunsch, zur weiteren Kräftigung und Gesundheit der beiden Abgeordneten Abg. Dr. Dieber dankte in kurzen Worten für diese Anerkennung und Freundschaft, während Abg. Keil sich brieflich entschuldigt hatte, da ihn Arbeiten im Reichstag an der Teilnahme verhinderten.

Kunmehr ging man an die Erledigung der Tagesordnung, auf der zunächst eine ganze Reihe von kleinen Anträgen standen. Dies Rede- und Antwortspiel nahm etwa eine Stunde in Anspruch. Dann kam für die ungewöhnlich zahlreich erschienenen Besucher eine Entschuldigungsrede. Sie wollten Fürstenabfindung. Nach der Tagesordnung wäre es möglich gewesen, daß die große Anfrage der demokratischen Partei wegen der Auseinandersetzung mit dem Haus Württemberg sofort behandelt würde. Die Regierung hat sich aber dazu nicht entschlossen, sondern dafür einen späteren Zeitpunkt vorbehalten. So kam man sofort zur Erledigung des Gesetzes betreffend die Bürgerschaft des Staates gegenüber dem Deutschen Auslandsinstitut in Höhe von 200 000 RM, die dieses Institut braucht, um die wesentlich höheren Baukosten gegenüber dem Vorkursus zu decken. Dieses Gesetz sollte, das hat Abg. Scheef in einer kurzen, aber sehr eindringlichen Rede gegenüber dem Kommunisten Schmid sehr gut zum Ausdruck gebracht, ohne jede Debatte einstimmig angenommen werden müssen. Der Abg. Schmid (Komm.) sah Gekränkter; es handelte sich beim Auslandsinstitut um verfasste monarchistische Bestrebungen und außerdem um eine Verfassungsmaßnahme für frühere Offiziere. Das Kaiserliche dieser Bestrebungen wurde von dem Abg. Ellsäcker, Dr. Beikwänger, Dr. Cael, Baal, Bod und dem Abg. Scheef darauf hingewiesen, welche Bedeutung gerade bei der heutigen Bedrückung des Deutschtums im Ausland der erspriehlichen Arbeit des Auslandsinstituts zukomme und man müsse seine Tätigkeit fördern, wo man könne. Auch der Finanzminister trat lebhaft für die Gewährung der Bürgerschaft ein und so wurde dem Gesetz mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten zugestimmt.

Ebenere Auseinandersetzungen gab es jedoch bei dem Gesetz betr. Ausschlus der Lehrgesellen durch den Staat, an Stelle der Gemeinden. Diese Änderung ist teilweise als Sparmaßnahme, d. h. als bessere Gestaltung des staatlichen Kasienwesens teils als Erleichterung der Gemeinden gedacht und das Gesetz hat im Finanzausschuss insofern noch eine wesentliche Besserung erfahren, als dort beschlossen wurde, auch die Lehrer an den Handwerks- und Gewerbeschulen und den Frauenarbeitschulen in diese Neuordnung einzubeziehen. Eine Streitfrage ergab sich aber im Plenum nun dadurch, daß der Abg. Dr. Beikwenger die nicht haustamilichen Lehrer ausschließen beantragt. Von den Abg. Hermann und Scheef wurden dagegen allerlei gewichtige Bedenken geltend, sowohl grundsätzlicher wie praktischer Art. Scheef befürchtete ungute Zweifelsfragen und Auseinandersetzungen zwischen Gemeinde und Staat und hat Bedenken, ob auf diese Weise die Gemeinden die Vorteile haben werden, die an sich möglich und notwendig seien. Nach weiteren Ausführungen des Abg. Pollack und des Finanzministers stimmte aber die Mehrheit des Landtags der Einschränkung zu. Im übrigen wurde das Gesetz angenommen gegen die Stimmen der Kommunisten. Schließlich gab es noch eine lebhafteste Auseinandersetzung über die Verlegung des Exerzierplatzes vom Cannstatter Wasen an ein von der Stadt Stuttgart bereits bestehendes Gelände. Dann macht der Präsident noch Mitteilung über die Beilegung des Streites zwischen der sozialdemokratischen Landtagsopposition und den Sozialisten des Landtags, die durch Vermittlung des Landtagsvorstandes erreicht wurde.

### Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 27. Januar 1926.

— Uebergang von der Grundschule in eine mittlere oder höhere Schule. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Durch das Reichsgesetz, betreffend den Lehrgang der Grundschule vom 18. April 1925 ist bestimmt worden, daß im Einzelfalle besonders leistungsfähige Schulkinder nach Anhören des Grundschullehrers unter Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde schon nach 3jähriger Grundschulpflicht zur Aufnahme in eine mittlere oder höhere Schule zugelassen werden können. Zur Durchführung dieses Gesetzes hat das Kultusministerium eine Verfügung erlassen. Sie gründet sich im wesentlichen auf die Richtlinien, die mit den übrigen Ländern vereinbart worden sind und bestimmt im einzelnen, daß Schülern und Schülerinnen, die die dritte Grundschulklasse besuchen, unter bestimmten Voraussetzungen der Ueberstritt in die erste Klasse einer höheren Schule oder Mittelschule gestattet werden kann. Die Anträge der Erziehungsberechtigten müssen bis spätestens 15. Februar unter Angabe der Schule, in die das Kind übertreten soll, schriftlich beim Klassenlehrer der Grundschule gestellt werden. Die Aufnahme, über die die zuständige Oberschulbehörde entscheidet, erfolgt zunächst auf Probe. Die endgültige Aufnahme erfolgt im Laufe des Monats Juli auf Grund einer Aufnahmeprüfung.

Regold, 26. Jan. (Bezirks-Bauern-Versammlung des Württ. Bauern- und Weingärtnerbundes.) Anlässlich des Viehmarktes war die Versammlung gestern in die Traube einberufen, doch ließ der Besuch zu wünschen übrig. Landtagsabgeordneter Dingler, Calw, sprach über „Aufbau oder Verfall der deutschen Wirtschaft?“ Der Sinn der Rede war etwa folgender: Der Abbau ist jedermann klar, man braucht nur die täglich erscheinenden Konkurse zu lesen. Aufbau wird nur möglich sein, wenn wir Ordnung schaffen im Inland. Dazu gehören vor allem der Abbau der Landesarbeitsämter, der Preisprüfstellen, der Jugendpflegen u. a. m. Aber auch Pläne, wie der Bau eines Redarfanals, der ungeheure Summen verschlingt, müssen zurückgestellt werden, zumal dieser auch eine Konkurrenz für die deutsche Reichsbahn bilde, die an und für sich schon, wie er lehrte bei einer Versammlung der Reichsbahn gehört habe, vor dem Konkurs stehe, d. h. vielmehr können die geforderten Millionen der gepfändeten Reichsbahn nicht abgetragen werden und somit geht die Reichsbahn in ausländische Hände über, da wir in Deutschland ja doch kein Geld haben, um die Aktien zu erwerben. Weiter warnt Herr Dingler vor der Kreditaufnahme, die schließlich zur Verpfändung des letzten deutschen rentablen Eigentums, der deutschen Forsten, führen würde. Abgesehen davon sei es für den Landwirt ein Ding der Unmöglichkeit, die Zinsen, und wenn sie auch noch so gering seien, zu tragen und der Bauer müsse sich eben so sehr wie möglich einschränken und nach Möglichkeit kurz treten. Dem Vortrag schloß sich trotz des mangelnden Besuches eine lebhafteste Debatte an.

Haiterbach, 26. Jan. (Hohes Alter.) Am letzten Freitag durfte Katharine Lamparter, die Mutter des Totengräbers Wilh. Lamparter, körperlich und geistig verhältnismäßig rüstig, ihren 91. Geburtstag als älteste Einwohnerin Haiterbachs feiern.

Calw, 26. Jan. Der Gemeindeverband Elektrizitätsw. Teinach hat an der neuen Altbürger Straße das Wohnhaus von Kaufmann Bärenstein um den Preis von 24 000 Mark erworben. Das Gebäude wurde vor dem Kriege neu erbaut und kam auf etwa 40 000 Mark

### „Die Brandstifterin“

Roman von Erich Ebenstein

(Nachdruck verboten.)

Es ist Allerheiligenabend, da hat sie's hinausgetrieben aus der Traisen nach Feistling, damit sie doch auch ein paar Vaterunser betet für ihre Verstorbenen. Aber sie ist mit Heiligabend gekommen, damit sie niemand trifft und ungehindert beten kann in der leeren Kirche. Nun steht sie auf und geht hinaus auf den Kirchhof, um noch die Gräber der Eltern aufzusuchen, ehe sie sich wieder auf den Heimweg macht. Nur wenige Gräber sind geschmückt, denn der Bauer feiert das Andenken seiner Toten nur in der Kirche. Aus dem Meonertshaus schimmert schon Licht. Julia bleibt stehen und blickt lange darauf hin. Fremde Leute hausen jetzt darin. Aber ihr war es einmal die Welt. Das Schönste und Beste von ihrem Leben — die Trennung von ihm — hat sie darin erlebt...

Die Gräber der Eltern liegen ganz rückwärts an der Mauer. Die Hügel sind eingesenken, braunes Gras, vom Reis verbrannt, wuchert darauf und darüber wölbt sich das schleierrartige Dach einer Trauerese, gelbe Blätter über die Hügel streuend.

Julia hat es nicht bemerkt, daß ihr schon die ganze Zeit her, seit sie den Ort betreten hat, ein Mensch gefolgt ist. Während sie in der Kirche betete, stand er draußen und wartete. Und als sie zwischen den Gräbern ging, folgte er ihr aus der Ferne. Jetzt, wo sie sich umwendet, um den Heimweg anzutreten, steht er plötzlich vor ihr.

Sie prallt erschrocken zurück. „Großreicher... du? Wie kommst denn du auf einmal daher am Friedhof?“, flammelt sie dann verwirrt. Er lächelt ein bißchen verlegen und zugleich ein bißchen schalkhaft.

„Schau, du — ich könnt sagen, daß ich mit auch wieder einmal das Pflöck da unter der Eichen hab' anshauen wollen, wo ich einmal so viel schöne Zeit verbracht hab'... aber ich mag dich nit anlügen. Herkommen bin ich, weil ich

dich vor einer Stunde zufällig im Ort gesehen hab'. War grad beim Kirchenwirt dein, da hab' ich dich durchs Studienfenster gesehen, wie du über'n Marktplatz ganges bist. Nachher bin ich dir halt nach...“

„Mir bist... nach?“ „Necht it's mir schon... aber was werden die Leute sagen, wenn...“

„Auf die Leute pfeif ich! Hauptsach ist, daß du nig dawider hast!“

Julia schweigt. In wunderlicher Bekommenheit schreitet sie neben dem Großreicher her. Auch der Bauer spricht kein Wort, bis sie die letzten Häuser des Ortes hinter sich haben. Dann sagt er:

„Kennst wohl den alten Glauben, daß am heutigen Tag die armen Seelen aus'm Fegfeuer frei werden für einen Tag und heimkehren dürfen zu den ihrigen und sie bitten um Erlösung, gelt Julia?“

„Freilich weiß ich das... bin ja deswegen heut in Kirchen ganges, um für die armen Seelen zu beten.“

„Na ja — schau, und so eine arme Seel geht halt jetzt auch neben dir her! Aber 's Beten allein hilft nit allemal.“

„Nit nit recht, Großreicher, daß du mit heiligen Sachen Spott treibst.“

„Spott? Ja? Ja wiejo denn?“ „Weil du doch keine arme Seel' bist, sondern ein Mensch, der lebendig ist...“

„So? Weist das so gewiß, Julia?“ „Wie denn nit? Gehst ja als Lebendiger neben mir her!“

„Kann sein — auswendig. Kom Leib red' ich nit. Aber die Seel', die ist schon lang nimmer lebendig... schon lang nimmer, sag' ich dir! Ganz langsam haben sie die totgetreten — die Jahr und die Menschen. Da ein Tritt, dort ein Tritt, bis sie sich nimmer wehren hat mögen... War auch gut so. Denn wenn der Mensch inwendig nimmer lebendig ist, nachher spürt er auch keinen Kummer mehr und merkt's kaum, was ihm alles fehlt, und fühl't sich auf

die Leht sogar ganz zufriede...“

„So schaut's aus in ihm“, denkt sie traurig. „So hat's all die Jahre in ihm ausgehaut? Und sie hat gemeint, er wenigstens war ein glücklicher Mensch geworden.“

„Ja, s'ichst, Julia, so war's bei mir. Hab mich ganz zufriede gefühlt, bis daß ich's auf einmal gemerkt hab', daß meine arme Seele doch nur Scheintot gewesen ist. Damals, wie's Feuer auf der Dedseiten auskommen ist, bin ich's inne worden. Und von der Stunde an, Julia, bin ich im Fegfeuer gelesse bis heut...“

„Ruht nit so daherreden, Großreicher! Schau, so arg wird's ja wohl nit gewesen sein in deinem Leben! Haß Weib und Kind gehabt und deinen schönen Hof...“

„Weib und Kinder und meinen Hof!“ fährt er heftig und bitter auf. „Wie der Bub war, weißt selber am besten! Kein Tag, wo ich mich nit geschämt hab' für ihn und heimlich gekränkt, daß so einer mein Fleisch und Blut ist! Und die Mutter? Ruht ich dir's erst sagen, Julia, was das heißt, leben neben einem Menschen, den man nit mag? Hast es ja selber probiert. Ruht wissen, wie das ist. An den Hof, ja da hab' ich mich angeklammert... hat mich ja genug gelöst, daß ich'n kriegt hab'... aber ist doch nur eine tote Sach', die einen nit entschädigen kann für das lebendige Glüd, das man hat hingeben müssen dafür!“

„Und die Rosel?“ „Ja — die Rosel freilich!“ Die Stimme des Großreicher wird weich. „Die wohl ist meine Freud' und mein Stolz gewesen, und so lang die Dirn mir gehört hat, hab' ich auch nit gerechnet mit unserm Herrgott. Aber dann hat mits Schicksal ja auch die noch genommen! Erst der Seidler, nachher der Goldner-Toni... hat wohl alles so kommen müssen und ich beklag mich nit darüber. Muht froh sein, daß sie endlich das richtige Türkl zum Glüd gefunden hat und mir so einen braven Menschen wie'n Toni als Schwiegersohn bringt. Aber die zwei hausen ihr eigenes Rest, und ich was bleibt jetzt mir?“

(Schluß folgt.)



zu stehen. In das gefaule Gebäude soll die Wohnung des Direktors und ein Teil der Verwaltung verlegt werden. — Das Stadtschultheißenamt klagt in einer öffentlichen Bekanntmachung darüber, daß die Hausfrauen nur ganz selten mehr ihre Einkäufe auf dem Wochenmarkt machen, sondern bei haufierenden Verkäuferinnen einkaufen und dadurch oft höhere Preise bezahlen müssen als auf dem Markt, wo eine Nachprüfung des geforderten Preises möglich ist. Daß der Marktverkehr bei den Frauen nachgelassen hat, kommt unter anderen Gründen davon her, daß bei der Menge von Butter und wohl bald auch von Eiern die Landfrauen, die Geld brauchen und dadurch gezwungen sind, die Erzeugnisse abzusetzen, eine bestimmte Rundschaft suchen und die Ware ins Haus liefern. Wenn sich diese Liebung weiter einbürgert, geht es mit dem Marktverkehr naturgemäß abwärts.

**Neubulach, 25. Jan.** Am gestrigen Sonntag feierte Totengräber Auer Witwe geb. Schmidt ihren neunzigsten Geburtstag in guter geistiger und körperlicher Frische. Die Jubilarin war stets gesund und erhielt sich ihre Gesundheit trotz vieler Entbehrungen und großer Arbeitslast durch langjährige Erfahrung in Anwendung von natürlichen Heilmitteln bis zum heutigen Tage.

**Stalgrafswiler, 27. Jan.** (Marktverbot — Schifurs) Der am 28. Januar fällige Vieh- und Schweinemarkt wird wegen der in Huzenbach ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche verboten. — Der von G. Kimmeler Ende Dezember ausgeführte Schifurs fand am Samstag und Sonntag statt. Etwa 10 Erwachsene und 20 Jugendliche hatten sich eingefunden. Die Übungen unter Leitung von H. Rothacker wurden mit viel Interesse ausgeführt. Auch wurde eine kleine Übungsschanze erbaut und recht beachtenswerte Sprungleistungen an derselben gezeigt.

**Freudenstadt, 26. Jan.** Der Staatspräsident Bajille ist am Dienstag in Freudenstadt eingetroffen; er hat im Kurhaus Palmwald Wohnung genommen. — Staatspräsident Bajille, der seit längerer Zeit an Grippe erkrankt war, ist durch die Nachwirkung dieser Krankheit genötigt, einen längeren Krankheitsurlaub zu nehmen.

**Neuenbürg, 26. Jan.** (Siedlungskolonie für Tuberkulöse.) Letzte Woche fand hier die Gründungsversammlung des Vereins für Tuberkulösesiedlungen e. V. unter dem Vorsitz des geistlichen Ueberebers Dr. E. Dorn-Charlottenhöhe bei Talmbach statt. Der Verein bezweckt die Schaffung von Siedlungskolonien für offene Tuberkulöse, die überall in Deutschland an klimatisch günstigen Orten im Anschluß an bestehende Lungenheilstätten gegründet werden sollen.

**Schramberg, 26. Jan.** (Festgenommener Zuchthäusler.) In der Nacht auf Mittwoch letzter Woche gelang es dem hiesigen Kriminalpolizei, einen vor 2 1/2 Jahren aus dem Zuchthaus in Ludwigsburg entwichenen und bisher verschollenen, von hier gebürtigen Arbeiter in seiner elterlichen Wohnung festzunehmen. Er hat noch 6 Jahre von einer 18jährigen Zuchthausstrafe zu verbüßen, die ihm wegen zahlreicher Einbruchsdiebstähle in Schramberg und Umgebung zugesprochen worden war.

**Talheim, O.A. Tuttlingen, 26. Jan.** (Brand.) Das Sägewerk der Gebr. Trion ist abgebrannt. Das Feuer fand in den großen Holzvorräten reichliche Nahrung. Für die beiden Wohnhäuser bestand keine Gefahr.

**Niedlingen, 26. Jan.** (Morbidität eines Zigeuners.) Letzten Samstag Abend schoß in Dürmentingen nach kurzem Wortwechsel der 18jährige Zigeuner Johann Reinhardt aus Hard i. S. den 60jährigen Zigeuner Georg August Reinhardt aus Sand i. E. mit einer Pistole in den Unterleib. Trotz der sofortigen im Krankenhaus vorgenommenen Operation erlag der Schwerverletzte seinen Verwundungen. Der Täter verschwand nach dem Schutz in den nahen Waldungen.

**Kleine Nachrichten aus aller Welt**

**Ministerialdirektor Riep bleibt in seinem Amt.** Die Nachricht, daß Reichspressechef, Ministerialdirektor Riep nach Budapest als Gesandter gehen soll, entbehrt jeder Grundlage. Ministerialdirektor Riep ist vom Urlaub zurück und übernimmt wieder seine Dienstgeschäfte.

**Zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.** Der Austausch der deutschen und der polnischen Zollwunschklisten ist, wie verabredet war, am 25. Januar erfolgt. Beide Delegationen werden zunächst die ihnen überreichten Listen prüfen und dann in Einzelberatungen in der für die Zollfragen vorgesehenen Kommission aufnehmen.

**Italienisierung Südtiroler Stationsnamen.** Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, ist durch ein Dekret die deutsche Benennung der Eisenbahnstationen in Südtirol verboten und die sofortige Entfernung der deutschen Namenstafeln angeordnet worden. Das Ausrufen von deutschen Stationsnamen hat zu unterbleiben. Bisher waren auf den Stationsgebäuden und auch in den Fahrplänen die deutschen Stationsbezeichnungen zum Teil noch vorhanden.

**Todesopfer auf einem Rittergut.** Auf dem Gut Gramsom in der Oberpfalz land der Gutspächter Wölber den Sohn des Futsbesitzers Schönemann aus Groß-Üben und seine eigenen beiden Töchter, die 15 und 18 Jahre alt sind, erschossen auf. Schönemann war mit der älteren Tochter verlobt. Allem Anschein nach hat er die beiden Mädchen und sich selbst erschossen.

**Ausschluß eines italienischen Professors.** Der Osservatore Romano veröffentlicht ein Dekret der Inquisitionskongregation, wodurch der Professor der Kirchengeschichte an der Universität Rom, Ernesto Bonaiuti, exkommuniziert und allen Gläubigen geboten wird, ihn zu meiden.

**Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Guatemala und Nicaragua.** Aus Guatemala wird gemeldet, daß die Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua wegen der Wahl Chamorros zum Präsidenten von Nicaragua abgebrochen habe. Guatemala verlangt diese Wahl als einen Vorstoß gegen die bestehenden Verträge.

**Handel und Verkehr.**

**Getreide**

Berliner Produktenbörse vom 26. Jan. Weizen märk. 242-245; Roggen 242-245; Hafer märk. 149-150; dom. 147-154; Sommergerste 175-201; Wintergerste 142-160; Oker märk. 167-168; Weizenmehl 22.50-23.75; Roggenmehl 22.50-24.50; Weizenkleie 11.25-11.50; Haferkleie 9.75-11.25; Raps 240-245; Tendenz: uneinheitlich. Weizen, Gerste, Hafer, Roggen, Sommergerste, Wintergerste, Oker, Weizenkleie, Haferkleie, Raps, Tendenz: uneinheitlich. Weizen 13.50-13.90, Oker 8.40-8.70, Gerste 8.50, Roggen 8.70, Sommergerste 8-8.50, Wintergerste 8-8.50, Oker märk. 167-168, Weizenmehl 22.50-23.75, Roggenmehl 22.50-24.50, Weizenkleie 11.25-11.50, Haferkleie 9.75-11.25, Raps 240-245, Tendenz: uneinheitlich. Weizen 13.50-13.90, Oker 8.40-8.70, Gerste 8.50, Roggen 8.70, Sommergerste 8-8.50, Wintergerste 8-8.50, Oker märk. 167-168, Weizenmehl 22.50-23.75, Roggenmehl 22.50-24.50, Weizenkleie 11.25-11.50, Haferkleie 9.75-11.25, Raps 240-245, Tendenz: uneinheitlich.

**Märkte**

St. Leonharder Schlachtlehmarkt vom 26. Jan. Zugeliebte waren 38 Cähen, 27 Bullen, 270 Jungrinder, 270 Jungrinder, 100 Räder, 43 Räder, 1148 Scheweine und 4 Schafe; unvertauft blieben: 15 Cähen, 2 Bullen, 50 Jungrinder, 50 Jungrinder, 23 Räder, 45 Räder, 73 Scheweine. 28 notierten per 50 Rkg. Lebendgewicht: Cähen 1.40-1.45, 2.30-2.40, Bullen 1.45-1.50, 2.30-2.40, Jungrinder 1.40-1.45, 2.30-2.40, Räder 1.20-1.25, 2.10-2.15, 3.10-3.15, Räder 1.20-1.25, 2.10-2.15, 3.10-3.15; Weidenmähtheile 64-67, 68-71, 72-75, 2.04-2.10, 3.54-3.60; Weidenmähtheile 64-67, 68-71, 72-75, 2.04-2.10, 3.54-3.60; Schweine von 240-260 Pfund 78-79, von 200-240 Pfund 75-76, von 160-200 Pfund 75-77, unter 120 Pfund 73-75; Sauen 56-75; Belauf: mäßig, Ueberhand.

Wannheimer Groß- und Kleinviehmarkt vom 25. Jan. Handel mit Großvieh ruhig, langsam geräumt; mit Rädern mittelmäßig, unvertauft; mit Scheweinen ruhig, Ueberhand. Preise für je 50 Rkg. Lebendgewicht: Cähen 20-22, Bullen 20-22, Rinder und Räder 18 bis 25, Räder 20-22, Schafe 24-25, Scheweine 64-67.

Karlsruher Viehmarkt vom 25. Jan. Verkauf wurden 30 Cähen, Preis 40-54, 29 Cähen 42-49, 119 Räder und Rinder 16-24, 43 Räder 28-36, 809 Scheweine 75-84. Bessere Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz: langsam. Der Markt wurde nicht geräumt.

Schwelzerlei, Ebingen: Rinder 25-28, Käufer 60-75, Wintergerste 220-240, Roggen 220-240, Hafer 220-240, Weizen 220-240, Sommergerste 220-240, Wintergerste 220-240, Oker 220-240, Weizenkleie 220-240, Haferkleie 220-240, Raps 220-240, Tendenz: uneinheitlich. Weizen 220-240, Roggen 220-240, Hafer 220-240, Weizenkleie 220-240, Haferkleie 220-240, Raps 220-240, Tendenz: uneinheitlich.

Wiesweiler, Ebingen: Rinder 400-540, Räder 400-470, Ralbein 500-590, Jungrind 190-275, Hafer 400-500, Wintergerste 400-500, Cähen 400-500, Ralbein 400-500, Jungrind 140 bis 190, Hafer 400-500, Ralbein 400-500, Cähen 400-500 bis 45, Räder 20-22, Ralbein 45-48, Rinder 40-45, Räder 30-32 Markt für 1 Str. Lebendgewicht.

Hörzheimer Schlachtlehmarkt vom 25. Januar 1926. Aufgetrieben waren 295 Tiere und zwar: 13 Cähen (unvertauft 2), 14 Räder (7), 21 Rinder (6), 10 Färren (2), ein Kalb, 236 Scheweine (12). Marktverlauf schleppend. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Cähen 1.40 bis 1.45, Rinder 1.60 bis 1.65, Cähen und Rinder 2.42 bis 2.44, Räder 28 bis 38, Färren 44 bis 52, Scheweine 82 bis 85.

**Konkurse**

Heinrich Schneider, Inhaber des Refar Hotels in Heilbronn und dessen Ehefrau Maria Schneider, geb. Summ Friedrich Kiefer, Kohlenhandlung, Vöppingen. Max Blas, Tuchhändler, Rengen. Ferd. Steg, Schuhfabrik, Tuttlingen.

**Geschäftsaufsichten.**

Kohlesmühle Treglingen, Felix Dür, Treglingen. Josef Steinacker, Schuhfabrik, Vöppingen.

**Letzte Nachrichten.**

**Ein deutschnationaler Mißtrauensantrag im Reichstag.** Berlin, 26. Jan. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat heute beschlossen, morgen im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung einzubringen.

**Völkischer und kommunistischer Mißtrauensantrag.** Berlin, 26. Jan. Der heute im Reichstag gegen die neue Regierung eingebrachte Mißtrauensantrag der völkischen Fraktion hat folgenden Wortlaut: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages; für den Fall der Ablehnung dieses Antrags: Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“

Die völkische Reichstagsfraktion hat ferner folgenden Antrag eingebracht, der mit der Besprechung der Regierungserklärung verbunden werden soll: Die Reichsregierung zu eruchen:

1. Mit Rücksicht auf die katastrophale Wirtschaftslage und die wachsende Not des schaffenden Volkes alsbald die Zahlungen aus dem Dawesplan einzustellen und die hierfür bestimmten Summen zur Linderung der Not und der Arbeitslosigkeit im deutschen Volk zu verwenden.
2. Mit Rücksicht auf das Ausbleiben der in Aussicht gestellten sogenannten Rückwirkungen des Locarnovertrags von der Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerbund keinen Gebrauch zu machen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Mißtrauensantrag eingebracht: „Die Regierung Luthers-Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“

**Die Reichstagsdebatte.**

Berlin, 27. Jan. Wie die Blätter melden, haben die Sozialdemokraten gestern noch keinen Beschluß darüber gefaßt, wie sie sich zu dem gegen die Reichsregierung eingebrachten Mißtrauensvotum stellen werden. Die „Vossische Zeitung“ glaubt, daß man bei der Abstimmung über die Voten zu mindest mit einer Stimmhaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion rechnen könne. Auch das „Berliner Tageblatt“ erklärt, daß die Sozialdemokraten im gegenwärtigen Augenblick an einem Sturz kein Interesse hätten. Wenn alle Mißtrauensanträge die Unterstellung aller Oppositionsparteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten finden würden, so könne, wie das erstgenannte Blatt bemerkt, die Regierungskoalition mit Hilfe der Wirtschaftspartei noch immer eine geringe Mehrheit erzielen. Ob die Regierungsparteien eine Billigungsformel für die Regierungserklärung einbringen werden, steht, den Blättern zufolge, noch nicht fest. Zu erwähnen ist noch eine Notiz der „Täglichen Rundschau“, wonach in der Aussprache des

Reichstags auch der Reichsaussenminister das Wort ergreifen wird und zwar voraussichtlich nicht vor Donnerstag.

**Verurteilte Landesverräter.**

**Breslau, 27. Jan.** Vor dem hiesigen Oberlandesgericht wurde gestern gegen den kaufmännischen Direktor Paul Franz Kaul, Sohn eines Hamburger Senators, und dessen Braut Gertrud Schmidt aus Ranslau, sowie dessen Vetter Wilhelm Kaul aus Loebshüh verhandelt. Die Angeklagten werden beschuldigt, sich im Inland u. in Polnisch-Oberschlesien des Verrats militärischer Geheimnisse und des Landesverrats schuldig gemacht zu haben. Die Öffentlichkeit wurde während der Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Direktor Kaul wurde zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Gertrud Schmidt erhielt 2 Jahre Gefängnis. Wilhelm Kaul wurde freigesprochen.

**Die Hilfsaktion für die vom Eis eingeschlossenen Schiffe.**

**Reval, 27. Jan.** Der russische Eisbrecher „Zernat“ ist mit vier Dampfern, unter denen sich auch der deutsche Dampfer „Klara Kunsmann“ befindet, hier eingetroffen. Die Dampfere waren über vier Wochen im östlichen Teil des Finnischen Meerbusens vom Eise eingeschlossen. Der Kommandant des „Zernat“ berichtete, daß sich die Eisverhältnisse weiter verschlechterten. Zwischen den festen Eismassen befanden sich Eisblöcke in Höhe bis zu 10 Metern, gegen die auch der stärkste Eisbrecher nichts ausrichten könne. Der Eisbrecher mußte wegen Knappheit an Feuerungsmaterial zwei Dampfer bei Stenskar zurücklassen.

**Zur Frankenfälschungsangelegenheit in Ungarn.**

**Budapest, 27. Jan.** Der Wunsch der französischen Regierung, daß französische Vertreter bei den Verhandlungen in der Frankenfälschungsangelegenheit im Stadium der Vorerhebungen zugegen sein sollen, kann gewisse Komplikationen zur Folge haben. Nach Paragraph 132 der Strafprozessordnung darf nämlich niemand zugegen sein, wenn der Beschuldigte bzw. Verdächtige im Laufe der Vorerhebungen verhört wird. Unter solchen Umständen verstößt der Wunsch der Franzosen gegen das Gesetz und die Staatsanwaltschaft könnte dem französischen Verlangen nur stattgeben, wenn sie das Gesetz verletzen würde. Das Gesetz gestattet nur in gewissen Fällen die Anwesenheit von zwei gerichtlichen Zeugen beim Verhör eines Beschuldigten im Vorerhebungsstadium. Der darauf bezügliche Wortlaut des Gesetzes ist folgender: Wenn der Beschuldigte es ausdrücklich verlangt oder wenn der Staatsanwalt bzw. das die Vernehmung leitende polizeiliche Organ oder der Untersuchungsrichter es im Interesse der Vorerhebungen für zweckdienlich erachtet, ist das Verhör im Beisein gerichtlicher Zeugen vorzunehmen. — Auf Erkundigungen einer Gerichtsanklassensprobenz erhielt sie von der Staatsanwaltschaft den Bescheid, daß bisher nach dieser Richtung hin keinerlei Verfügung getroffen worden sei. Falls die Franzosen an ihrem Verlangen festhielten, hätten sie dies im Wege ihrer Gesandtschaft dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, der über seine Entscheidungen dann die Staatsanwaltschaft im Wege des Justizministeriums verständigen werde.

**Loftertermin in Moabit.**

**Berlin, 27. Jan.** An der Stelle des Explosionsunglücks in Moabit fand gestern ein Lokaltermin statt, an welchem die Staatsanwaltschaft, die Kriminalpolizei und Sachverständige teilnahmen. Auch der Lokaltermin ergab noch keine Klarheit über die Explosionsursache. Zu ihrer Aufklärung sollen neue Sachverständige hinzugezogen werden.

**Verurteilte Zuchthausausbrecher.**

**Berlin, 27. Jan.** Das Hamburger Schwurgericht verurteilte gestern sechs Inassen des Zuchthaus Zuhlsbüttel wegen schwerer Gefangeneneuterei zu Zuchthausstrafen von 3 bis 9 Jahren. Zwei der Neuterer waren f. Zeit bei dem Ausbruchsvorfall erschossen worden.

**Schwerer Autounfall.**

**Berlin, 27. Jan.** Nach einer Blättermeldung aus Halle a. S. stürzte in der Nähe von Volksfeld ein Kraftwagen einen 10 Meter hohen Abhang hinunter. Eine Frau wurde sofort getötet und drei andere Insassen schwer verletzt.

**Radio- und Urheberrecht.**

**Wien, 27. Jan.** Ein für Komponisten und Liedertextdichter interessantes Urteil fällt das Wiener Landesgericht. Bekannte Textdichter und Liederkomponisten, sowie Musikverleger, darunter auch der Dreimaschenverleger in Berlin, hatten den Musikverleger Oskar Rolstor wegen Verletzung des Urheberrechts verklagt, da er ohne Genehmigung ihre bekannten Liedertexte für den Radio veröffentlicht hat. Das Landesgericht kam zu einem Freispruch, da nach dem Urheberrecht Sammelwerke nicht unter den Schutz dieses Gesetzes fallen, und auch ein Abdruck der Texte zum Zwecke von Radioaufführungen nicht unter das Urheberrecht fällt.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

**Geschäftliches.**

Von morgen ab wird geparkt! Wie oft ist im Haushalt dieser Entschluß schon gefaßt worden, und wie oft ist der schöne Vorjah wieder ins Wasser gefallen. Um guten Willens hats gewiß nie gelegen. Aber das Sparen ist eine Wissenschaft, die richtig erlernt sein will. Die Hausfrau würde sich diese Lehre bedeutend erleichtern, wenn sie sorgfältig sich mit dem Studium der Warenkunde befassen würde. Zum Besten, was die Wissenschaft der Hausfrau an modernen Hilfsmitteln gebracht hat, gehört die „Majma Margarine buttergleich“. Aus Milch und edlen Speisefetten hergestellt, in einem Verfahren, bei dem von der Milchannahme bis zur fertigen Verpackung keine Menschenhand die Ware berührt, ist „Majma buttergleich“ an Güte des Geschmacks und an Nährwert der besten Molkereibutter gleich und kostet nur 50 Pfg. das halbe Pfund.



